Finanzierungsgrundsätze des Landkreises Göppingen für die Busverkehrsleistungen und die kommunale Zubestellung von Leistungen im Busverkehr (ÖPNV)

- ÖPNV-Finanzierungsgrundsätze -

1. Der Landkreis Göppingen als ÖPNV-Aufgabenträger für den Busverkehr finanziert Busverkehrsleistungen und flexible Bedienungsformen nach den nachfolgenden Grundsätzen. Diese Finanzierungsgrundsätze gelten für die jeweilige Verkehrsleistung sukzessive ab dem Abschluss neuer Verkehrsverträge entsprechend der neuen EU-Verordnung 1370/2007.
2. Der Landkreis als ÖPNV-Aufgabenträger finanziert Verkehrsleistungen im Kreisgebiet im Bereich des Buslinienverkehrs und flexibler Bedienungsformen nach den Grundsätzen seines Nahverkehrsplans im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Alle Einnahmen, Einnahmeerstattungsleistungen und Ausgleichsleistungen werden dabei rechnerisch dem Landkreis zugeordnet.
3. Der Landkreis finanziert Verkehrsleistungen des sogenannten verkehrlichen Mindestniveaus, das im Nahverkehrsplan festgelegt ist, zu 100 %. Mit jeder Fortschreibung des Nahverkehrsplans wird das verkehrliche Mindestniveau jeweils überprüft und ggfs. neu festgelegt.
4. Der Landkreis finanziert darüber hinaus Verkehrsleistungen bis zum sogenannten Status Quo-Angebot ebenfalls zu 100 %. Status Quo-Angebot ist maximal das zum Fahrplanwechsel 2022/2023 vorhandene Angebot. Sofern danach Verkehrsleistungen ohne Veränderung des Leistungsumfangs angepasst wurden oder werden, zählen diese ebenfalls zum Status Quo-Angebot.
5. Der Landkreis finanziert neue, über das Status Quo-Angebot hinausgehende, verkehrliche Leistungen mit 50 % der ungedeckten Kosten. Dabei werden abweichend von Ziffer 3 der Richtlinien die Einnahmen, Einnahmeerstattungsleistungen und Ausgleichsleistungen vorab den Kosten gegengerechnet. Neue verkehrliche Leistungen sind vor deren Umsetzung zwischen dem Landkreis als ÖPNV-Aufgabenträger und den Kommunen konzeptionell abzustimmen. Sie sind grundsätzlich nach einer dreijährigen Einführungsphase auf ihre verkehrliche Wirkung und ihre Wirtschaftlichkeit hin zu überprüfen. Danach wird geprüft, ob und inwieweit solche Verkehre dem verkehrlichen Mindestniveau zugerechnet oder als Status Quo-Angebot bewertet werden können.
6. Die abschließende Entscheidung über die Förderung nach diesen Finanzierungsgrundsätzen trifft im Einzelfall der Kreistag oder der Ausschuss für Umwelt und Verkehr.